

Serforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Serford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Serford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83.
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2,40 M., bei Postbezug 2,40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Zus. großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1/2 Pf. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Serford, Deynhausen u. Amt Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Serford

Ämtlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Serford

Nr. 6

Serford, Dienstag, den 8. Januar

1918

Geschwerung der Friedensverhandlungen im Osten.

Nichts gefährdet die Friedensverhandlungen mit den Russen so sehr, wie die Aufregung in den deutschen Ländern. Es ist immer wieder die alte Geschichte: man läßt es an Geduld fehlen und schreit laut Jeter und Mordio, wenn nicht alles gleich so geht, wie es gehen mußte und wie man es sich erträumt hat. Für das politische Geschäft gibt es aber kaum eine wertvollere Tugend als die der Geduld. Das war von vornherein klar, daß die Verhandlungen mit den russischen Delegierten kein Kinderpiel und kein glattes Diktat sein würden. Auf Zwischenfälle mußte man gefaßt sein, und dies mußte mehr, als jedermann dachte, wie eifrig die verlassene Entente dabei ist, die Russen wieder einzulagern und gegen die Vorschläge der Mittelmächte förmlich zu machen. Unter solchen Umständen konnte der russische Vorschlag, das Verlangen nach Stockholm zu gehen und die Erklärung, daß Punkt 1 und 2 unserer Bedingungen vom 28. Dezember unannehmbar seien, kaum übersehen. Auch Blut war die gegebene Parole. Stattdessen hat es in Deutschland ein Durcheinander gegeben, das wahrhaft nicht erhehend zu wirken vermochte. Sämtliche Gegner des deutschen Friedensprogramms, sowohl die von Links wie die von Rechts, strangen auf die Beine und schrien die Stunde müssen zu wollen, um den Staatssekretär v. Kühlmann, den die einen radikallos hießen, von dem die anderen jagten, daß er nicht die Wichtigkeit des östlichen Friedens erkenne, unfähig ist, zu stützen. Was war denn eigentlich geschehen?

Die Russen hatten in einem letzten Anlauf versucht, sich den Forderungen, wie sie Deutschland in seinem Interesse für notwendig hält, zu entziehen. Sie taten das, indem sie die Behauptung aufstellten, daß Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht gebührend achtet. Was war hierauf zu tun? Doch nichts anderes als das, was die Reichsregierung getan hat, nämlich: den Russen zu sagen, daß zunächst einmal die Mittelmächte die militärischen Sieger seien und daß zum anderen Deutschland durchaus so, wie es stets erklärt hat, das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektiere, daß es jedoch notwendig sei, sich über einen Modus zu einigen, wie nun solcher selbstbestimmender Wille der in Frage kommenden Völker zum Ausdruck kommen kann. Daß also die Stellungnahme der deutschen Reichsregierung richtig war, haben die Folgen bewiesen: Trotzki und die russischen Delegierten sind wiederum nach Brest-Litowsk gekommen und man wird dort weiter verhandeln.

Mit denen, die das Programm des Herrn von Kühlmann für schlapp halten, weil es nicht gewisse Amerikaner vorzunehmen beabsichtigt, ist nicht zu rechnen. Wenn Deutschland nicht seine ganze bisherige Politik über den Haufen werfen will, wenn es nicht aus dem Verteidigungskrieg einen Eroberungskrieg zu machen beabsichtigt, wenn es nicht vergessen will, daß es nicht allein, sondern mit seinen Bundesgenossen zusammen am Verhandlungstisch sitzt, wenn es nicht mit der Mehrheit des eigenen Volkes in Konflikt geraten möchte, dann kann es gar nicht anderes tun, als das, was es in Brest-Litowsk tat und tun wird. Was nun aber die andere betrifft, die da meinen, daß wir den Russen noch weit mehr entgegenkommen sollten, so müssen wir diesen doch einmal grundsätzlich erklären, daß es ein weltgeschichtlicher Irrtum schlimmster Art wäre, damit zu rechnen, daß dieses und jedes zukünftige Rußland nun plötzlich ein Herzensfreund Deutschlands werden würde. So sehr wir auch beabsichtigen, künftighin zu Rußland die besten Beziehungen zu unterhalten, und so sehr wir auch wissen, daß Rußland fürs erste auf solchen Zustand angewiesen ist, so wenig vorstellen wir doch die Möglichkeit, daß irgendwann einmal wieder die russischen Völker vom westlichen Brande ergriffen werden können. Darum sind gewisse Sicherungen für unsere Ostgrenze eine deutsche Lebensnotwendigkeit.

Darüber kann ja gar kein Zweifel bestehen, daß Deutschland ernstlich beabsichtigt ist, den östlichen Friede

den zustande kommen zu lassen. Hierfür gibt es kaum einen besseren Beweis als die Angst, mit der Lloyd George gerade jetzt verächtliche Töne zu finden sich bemüht. England fürchtet nichts so sehr, als den deutsch-russischen Frieden; es würde sich nicht eruegen, wenn es ihn nicht kommen läße. Und er wird kommen. Er wird aber unpaß eher und umso gesünder kommen, je weniger unsere Unterhändler durch Beeinflussungen gestört und in ihrer Autorität verfehlt werden. Das deutsche Volk kann in diesen Tagen sehr erheblich dazu beitragen, daß seine Beziehungen zu Rußland ausüßig „H. ge-“ staltet werden, und zwar dadurch, „nd m. da-“ durch, daß es die Würde bewahrt, „it 2“ trauen hinter seinen in Brest-Litowsk arde. „Delegierten steht. Wir bedürfen weder eines neuen. York noch eines neuen Tauraggen; wir brauchen nur Sachlichkeit, und so, wie es der Kanzler gefaßt hat, Vertrauen auf unsere Machtstellung und politische Einsicht.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

66. Berlin, 8. Jan. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben: Der Reichskanzler Graf Hertling hatte am Freitagabend mit den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages, dem Zentrum, der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie eine Konferenz über die Friedensfrage und den Zwischenfall in Brest-Litowsk. Die Parteiführer hierbei gegebene Erklärung setzte sich in ihrem Kern aus dem zusammen, was der Staatssekretär von dem Vorschlag im Hauptauschuß im Auftrag des Reichskanzlers am Sonnabend verlesen hat, und das in dem Satz gipfelt: „Was die Zukunft von Polen, Litauen, Estland, Lettland und Ostland angeht, so können wir sie dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Auf den Boden dieses Programms haben sich auch die Mehrheitsparteien selbst gestellt, sowohl der Sprecher des Zentrums im Hauptauschuß wie auch der der Sozialdemokratie haben Ausführungen gemacht, die sich im Rahmen dieser Erklärung des Kanzlers bewegen und es kann und darf keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß die Haltung der fortschrittlichen Volkspartei, deren Vertreter im Hauptauschuß bis jetzt noch nicht zu Wort gekommen ist, von der der beiden anderen Mehrheitsparteien nicht abweicht. Es liegen auch keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, daß der Reichskanzler Graf Hertling den Standpunkt geändert habe, oder sich mit der Absicht tragen sollte, von dem in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages für die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gewählten Programm abzugeben, sondern in den Kreisen der Mehrheitsparteien vertraut man sich darauf, daß so lange Graf Hertling an seinem Posten steht, er die einmal gemachte Zusage auch loyal durchführen wird.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

11. Berlin, 7. Jan. Die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hielt gestern eine Sitzung ab. Nach mehrstündiger Aussprache wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen: Angesichts der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Auftrages der Anknüpfung gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauernder Friede nur möglich ist bei Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung der Völker. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den betreffenden Völkern die neue, vollkommene unabhängige Willensentscheidung garantiert wird. Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß den aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landesparlamenten und Volksabteilungen überlassen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einstimmig das Verhalten ihres Vertreters im Hauptauschuß und ist entschlossen, jeden Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verbotener Anknüpfungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Trotsky in Brest-Litowsk.

11. Berlin, 7. Jan. Wie die Telegramm-Union erzählt, sind die russischen Delegierten mit Trotzki an der Spitze, gestern zur Fortsetzung der Besprechungen in Brest-Litowsk eingetroffen.

11. Rotterdam, 7. Jan. Nach Privatmeldungen aus Petersburg glaubt man jetzt, daß die Bolschewiki nicht auf Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm bestehen werden, sondern auch mit einer anderen neutralen Stadt wie Kopenhagen oder dem Haag zufrieden sein würden.

Um das Geld der alten Regierung.

11. Amsterdam, 7. Jan. Aus Petersburg wird gemeldet: Trotzki hat ein Verbot erlassen, daß die Depositionen der fremden Botschaften und Gesandtschaften bei den russischen Banken ausbezahlt werden, solange das Geld der alten Regierung, das noch im Auslande bei den dortigen Banken deponiert ist, nicht den Volkskommissaren zur Verfügung gestellt wird.

Amerikanische Offiziersanwerbungen in Rumänien.

11. Berlin, 7. Jan. In Jassy und Galatz haben die Amerikaner Bureaus eingerichtet, die sich mit der Anwerbung russischer Offiziere für die amerikanische Armee befassen. Die Amerikaner bieten hohe Gehälter und nützen die Notlage der Russen in jeder Weise aus.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

11. Stockholm, 7. Jan. Zum Bürgerkrieg meldet die Petersburger Telegraphenagentur: In verschiedenen Gouvernements wurden Attentate gegen die Sowjets verübt. Die Tömer und Gardemangener Sowjetsgebäude wurden während der Sitzung angezündet. Alle Lösungsversuche waren vergeblich. In Samara fand eine Explosion im Rathaus statt, wo der Sowjet tagte. 7 Personen wurden getötet. In der Stadt wurde der Kriegszustand erklärt.

Verhaftung des Petersburger Stadtkommandanten.

11. Stockholm, 7. Jan. Der Petersburger Stadtkommandant Stabskapitän Kajanow, wurde nach 10-tägiger Antikaustration verhaftet. Die Gründe sind unbekannt.

Vor der Berufung Hertlings. Die Bitte der Parteien an den Kaiser.

66. Stuttgart, 8. Jan. Auf der Landesversammlung der fortschrittlichen Volkspartei Würtembergs teilte der Abgeordnete Konrad Hauptmann den bisher noch nicht veröffentlichten Wortlaut des Schreibens mit, das der interfraktionelle Ausschuss vor der Berufung des Reichskanzlers Graf Hertling an den Kaiser gerichtet hat. Das von Beauftragten der Zentrumspartei, der fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Nationalliberalen im Kaiserlichen Zivilkabinett überreichte und erläuterte Schriftstück, das geschäftlichen Wert hat, lautet:

Nach Rücksprache mit Vertretern verschiedener Parteien des Reichstages mit dem Herrn Reichskanzler über die gesamte äußere und innere Lage, sind wir gemeinschaftlich zu folgender Auffassung gelangt: Sollte Se. Maj. der Kaiser zu dem Entschlusse kommen, einen Kanzlerwechsel einzutreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse, für ruhige innerpolitische Entwicklung bis Kriegsende volle Gewähr zu schaffen. Nur hierdurch kann diejenige Geschäftsfähigkeit hergestellt werden, deren das Volk in Waffen und in der Heimat dringend bedarf. Der Weg zu diesem Ziele ist eine vertrauensvolle Verständigung über die äußere und innere Politik des Reiches bis zum Kriegsende. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Monate sind auf den Mangel einer solchen Verständigung zurückzuführen. Seine Majestät der Kaiser bitten wir daher, vor der von ihm zu treffenden Entscheidung, die zur Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen, sich mit dem Reichstage zu besprechen.

Die deutsche Abordnung in Petersburg.

Berlin, 7. Jan. Die Mitglieder der deutsch-österreichischen Abordnung in Petersburg besuchten laut Bafeler Zeitungen dort das Theater. Als das Publikum sie bemerkte, wurden die Mitglieder von den Zuschauern lebhaft begrüßt.

Hauptauschuß.

Berlin, 7. Jan. Der Hauptauschuß des Reichstages setzte am Montagmorgen seine Beratungen fort. General Friedrichs erklärte auf eine Anfrage, daß die deutsche Regierung niemals Verhufe der Sabotage durch Kriegsgefangene billige, geschweige denn organisierten werde. Auf dem gleichen Standpunkt stehen England

und Frankreich, so daß ein anderes Verhalten völlig ausgeschlossen ist. Von den vielleicht in Umlauf befindlichen Erzählungen ist dem Kriegsminister nichts bekannt. Es folgen dann die Beratungen von Wirtschaftsfragen. Ein Regierungsvertreter verliest eine Denkschrift über die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Die wirtschaftlichen Fragen wurden dort nicht ausführlich behandelt. Es wurde festgestellt, daß ein Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Rußland nach dem militärischen Krieg ausgeschlossen sein würde und daß an einen Anschluß an die Pariser Abmachungen nicht gedacht werde. In Rußland besteht ein Vorurteil gegen den Handelsvertrag mit Deutschland. Die Russen fühlen sich durch ihn benachteiligt, weil er unter dem Brand des russisch-japanischen Krieges zustande gekommen sei. Nach der Meinung der deutschen Regierung hat Rußland kein schlechtes Geschäft gemacht. Die Statistiken beider Länder decken sich nicht und geben deshalb voneinander abweichende Bilder. Bisher ist es nicht gelungen, die Russen für die Erneuerung des früheren Handelsvertrages zu gewinnen, dagegen sind die russischen Delegierten bereit, in Verhandlungen über einen neuen Vertrag einzutreten. Weiter ist die Frage der Meistbegünstigung erörtert worden, ferner die Stellung der aus dem russischen Reichverband auscheidenden Landesteile. Bisher sind die Einzelheiten noch nicht geklärt, ebenso die Frage der Dauer der Meistbegünstigung.

Die weiteren Verhandlungen wurden als vertraulich erklärt.

Aus der für vertraulich erklärten Beratung kam mitgeteilt werden, daß der konstante Abgeordnete Dr. Hoesche wünscht, der gegenwärtige deutsch-russische Handelsvertrag solle einige Zeit nach dem Friedensschluß weiter dauern und dann durch einen neuen Vertrag ersetzt werden. Die Aufnahme einer Meistbegünstigungsklausel, wie es 1871 der Fall war, erachtete dieser Abgeordnete als schädlich. Dr. Mayer-Kaufmann (Zentrum) sprach besonders für die Einführung einer Klausel, die das Höchstmaß der Zölle festsetzt. Darauf vertagte sich der Hauptauschuß auf Dienstag, 11 Uhr vormittags.

Bericht des Hauptquartiers.

11. Großes Hauptquartier, 7. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am Stellungsbogen östlich von Ypern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittage heftige Artilleriekämpfe.

Auch zwischen der Meuse und der Aisne, beiderseits von Comnes und auf dem Westufer der Meuse war das Artillerie- und Minenfeuer gesteigert.

Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Erkundungen im Vorfeld der Stellungen beschränkt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische und Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Wiener Bericht.

Wien, 7. Jan. Ämtlich wird gemeldet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Abendbericht.

11. Berlin, 7. Jan. Die erhöhte Feuerintensität im Stellungsbogen nordöstlich von Ypern dauert an. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der U-Boot-Bericht.

11. Berlin, 6. Jan. (Ämtlich.) 1) Am 22. Dezember 1917 hat ein unserer Unterseeboote im Mittelmeer die höchsten und schnellsten von Pionbino in 10 Stunden beschossen; 2) schneligen Unterseebootsangriffen sind im westlichen Mittelmeer letzten 8 Dampfer und 3 Segler mit rund 36 000 BRT. zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, fuhrten sämtlich in stark gefährdeten Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien; einer ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Schiffe waren überlegend

Verstorbenen
Monat März
Jahres 1918
in Aussicht
unfallrente,
beide wie die
t, wird dem-
getroffen

reuz 1. Klasse
von hier, in

hat, daß von
Fleischmännern
ist die Stadt-
ermächtigt
Maken vom
Monaten von

wurden der
ehrling Wil-
n Kaufhold,
Gwin Otto
Bielefeld, so-
und der
Schildecke
atte gemein-
Bielefeld 23
bstfälle aus-
flich Ranti-
Fleisch, Zi-
gehoffenen
en Gemüse-
der weiter-

ungsrat Dr.
wegen Dieb-
eine Unter-
er Last
I. Er wird
Koffer eines
in amtlichen
Kasse Wert-

ist uns mit,
en Mithien
den wird,
werden kann,
nehmen oder
übernehmen. Die
Stimmungen
rtige Aus-
st nehmen:
Nichte ohne
Vorraat, der
te belegen
ohne wei-
und Müller
werden.

stie Stad-
land heute
waren 12
stund stand;
einen ston-
bert Lehrer

ie zitterte
über den
e gewesen
bei sorglich
lich, daß
dem gleich
sein unter
riet hatte,
auf, daß
mals die
war sie.
nem Licht,
des, wie,
opf, von
und rein
war voll
en Linien,
s — auch

er etwas
es andre
s Haben
gestrichen
amhaften
n kleinen
die Lippen
ch wie der

das Bett.
ih. der
und wie
ging eine
er dante
so daß
störliche
Schmieds
das klein
n wollen

ung folgt)

Janer, als dessen Stellvertreter Herr Kaufmann
Conrad Kaufmann wiedergewählt. Zum Schrift-
führer Herr Kaufmann R. Göbel und als dessen
Stellvertreter Herr Kaufmann Diefelmeier. In den
Finanzsachverhalt die Herren Göbel, Kaufmann,
Diefelmeier, Franz und Böcker. In den Bau-
sachverhalt die Herren Strunk, Schmiedekamp,
Hütterbusch, R. Hofmann und Ernst Meier. In
den Gass-, Wasser- und Elektrizitätssachverhalt
die Herren Kaufmann, Schmiedekamp, Franz, R.
Hofmann und Böcker. In den Beschwerde-
sachverhalt die Herren Schlebracht, Strunk und Böcker.
In den Justizsachverhalt die Herren Stammeier,
Franz und Göbel. Als Kassenprüfer die Herren
Hütterbusch und Diefelmeier.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Minteln, 7. Jan. In der Dauterferstraße wurde
gestern eine schon seit längerer Zeit von der Po-
izei in dem Verdacht des Hausfriedens stehende
Frau angehalten. Die Frau stammt aus
Dortmund und hatte große Körbe voll der schön-
sten Gewandstücke mitgebracht, so daß ein ganzes
Piedergeraum nötig war, um diese fortzuschaffen;
auch mehrere Zentner Mehl, Zwiebeln, Bohnen
u. a., befanden sich unter den Sachen, die natürlich
samtlich beschlagnahmt und der Polizei übergeben
wurden.

Münster, 7. Jan. Eine Geheimschlichterei wurde
Freitagabend in einem Hause auf der Sammerstraße
abgehalten. Die Polizei beschlagnahmte u. a. die Hülle von
9 frisch geschlachteten Kindern. Von dem Fleisch war
allerdings schon verschiedenes abgesetzt; immerhin waren
es noch mehrere Zentner, die beschlagnahmt werden
sollten. Bei der Nachschau fielen der Polizei über-
des noch mehrere Säcke voll sonstiger Lebensmittel:
Mehl, Grieß, Gruppen usw. in die Hände. Es war ein
großer Wagen voll, der dem städtischen Lebensmittel-
amt zugeführt werden konnte.

Bielefeld, 7. Jan. Zum Andenken an seinen gefallenen
Sohn hat der Gutsherr Schulte-Baumann auf Wilm-
schhof der Gemeinde Sammeln 100 000 M. zur Ver-
fügung gestellt.

Mün, 7. Jan. Bei einem Ostfrohändler, von dem
behauptet wurde, daß er bei der Belieferung desorziert
worden sei, sind in verschiedenen Lagerplätzen über 900
Zentner Mehl beschlagnahmt worden.

Die Diebstähle auf Wilhelmshöhe.

Kassel, 6. Jan. Die Vorhänge ereignenden Diebstähle,
die im Oktober und November v. J. im königlichen Schloß
in Wilhelmshöhe ausgeführt wurden, beschäftigen heute
die Strafkammer in längerer Verhandlung. Die Ange-
klagten sind der Obersterliener (ehemalige Hilfsdienstpflichtige)
Karl Wille aus Wilhelmshöhe, 17 Jahre alt und bisher
unbeschäftigt, und der Uhrmacher und Antiquitätenhändler
Hermann Nadel, 64 Jahre alt, gebürtig aus Wilna, jetzt
naturalisiert und seit 1914 in Kassel, wegen Einbruchs-
diebstahls mit einem Jahr Zuchthaus und zwei Jahren
Ehrverlust verurteilt. Dem Angeklagten Wille wird
zur Last gelegt, vom 25. Oktober bis 10. November v. J.
im Wilhelmshöher Schloß durch Einsteigen und Er-
brechen von Balkenbänken eine große Anzahl Kunst-
gegenstände mitgenommen, die ihm von Nadel zu dem
Spottpreis von 3 Mark abgekauft wurden. Er bestreitet,
die großen Beträge, die Nadel ihm bezahlt haben will,
bekommen zu haben. Im ganzen habe er nur 225 Mark
erhalten, die gerade ausreichen, um die Zuchthaus- und
Ehrverluststrafe zu bezahlen. Auf Vorbehalten des Präsidenten mußte Wille
zugeben, während der Vorverhandlung wider besseres
Wissen einen Mitschuldigen gefunden zu haben. Er hatte
nämlich behauptet, ein kleiner Schmidt sei mit ihm in
das Schloß eingestiegen und hielt diese Behauptung auch
bei der Gegenüberstellung aus. Da Schmidt jedoch
keine Anschuldigung nachweisen konnte, gab Wille das Geringe
an.

Der Staatsanwalt beantragte unter Zustimmung mit-
derer Umstände für Wille eine Gefängnisstrafe von
einem Jahr, während er für Nadel, den er als Haupt-
schleher bezeichnet, eine Gesamtstrafe von drei Jahren
Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust beantragte.

Der Obersterliener Karl Wille wurde zu 9 Monaten
Gefängnis, der mitangeklagte Helfer Hermann Nadel zu
1 1/2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust ver-
urteilt. Beiden Angeklagten wurde ein Monat auf die
Untersuchungsfrist angerechnet.

Kreisfürsorgefrauenvereine in Münster i. W.

Die Kreisfürsorgefrauenvereine in Münster i. W.
haben die Aufgabe darin, junge Mädchen für
den Beruf als Kreisfürsorgefrauen heranzubilden, be-
schloß mit einer Prüfung, der sich 17 Schülerinnen
unterzogen, ihr Sommerhalbjahr. Der Unterrichts-
stoff der Schule ist den Anforderungen, die an einen
derartigen Beruf gestellt werden, angepaßt. Vor
allem wurde Wert gelegt auf das Verständnis für
die angeborenen Krankheitsneigungen und Bereit-
schaften u. die Beurteilung der Früh Symptome der
verschiedenen Schädigungen durch die Ernährung.
Aufgabe der Fürsorgefrauen ist es eben in erster

Linie, vorbeugend die Entstehung von Krankheiten
zu verhindern und durch frühzeitiges Erkennen
rechtzeitige Behandlung zu ermöglichen. Außerdem
wurden die Schülerinnen eingeführt in die prak-
tische Arbeit an der Mütterberatungsstelle, die
Körperpflege und Lungenfürsorge. Bei der Tätig-
keit einer Fürsorgefrau, deren wesentliche Arbeit es
ist, der mütterlichen Not, die ihr im Beruf so
vielfach entgegentritt, zu steuern, ist eine genaue
Kenntnis der einzelnen Einrichtungen für die
geistig, körperlich, moralisch oder wirtschaftlich
schwach und elend gewordenen Mitmenschen von
ausschlaggebender Bedeutung. Sie wird nur dann
mit Geschick und Erfolg an die Schaffung neuer
Einrichtungen herantreten, nur dann den Notle-
denden den Weg zu bestehenden Einrichtungen
zeigen können, wenn sie selbst das ganze große Ge-
biet der Wohlfahrtspflege kennt, wenn sie weiß,
was wahrer Menschlichkeit erfindende Liebe
bereits für die leidende Menschheit geschaffen und
eingesetzt hat, wenn sie weiß, welche Schritte zu
tun sind, um die Quelle der bestehenden mannig-
fachen Wohlfahrtsstörungen zu erschließen.
Zwar konnte im Rahmen des Unterrichtsplanes nicht
daran gedacht werden, eine vollkommene Schulung
auf sozialem Gebiete zu erzielen, doch wurden, in-
der „Einführung in die soziale Literatur“ wenig-
stens die wichtigsten Fragen behandelt und in den
Schülerinnen der Grund gelegt, daß sie auf diesem
Gebiete sich durch eigenes Studium und Lesen so-
zialer Schriften selbst weiterbilden können. Die
Stellung im sozialen Gemeinschaftsleben, im in-
neren Verkehr mit der so verschiedenartigen Bevöl-
kerung, mit Erwachsenen und Kindern wird den
Fürsorgefrauen nicht unverständlich erleichtert, wenn
ihnen auch das Gebiet der Psychologie wenigstens
nicht unbekanntes Neuland ist. Der Besuch in
Familien bringt es mit sich, daß immerige Bande
sich knüpfen müssen zwischen Fürsorgefrauen einer-
seits und Mutter und Hausfrau andererseits. Da
dies für unmöglich den Fragen, die das Herz der
Hausfrau bewegen, als Fremdling gegenüberstehen.
Der hauswirtschaftliche Unterricht muß ihr Einblick
und Ueberblick über dieses Gebiet vermitteln. We-
ter soll die Fürsorgefrauen Verbindung haben mit
den öffentlichen und privaten Fürsorgeeinrich-
tungen. Deshalb wurden die Schülerinnen zur prak-
tischen Mitarbeit auf den Büros der Stadtverwal-
tung und anderer Behörden, sowie denen der pri-
vaten Vereine herangezogen.

Goldminen.

Können ihr sie schauen
alle die tapferen, selbstlosen Frauen?
Alle, die flaglos das Rüstzeug gegeben,
die nun verlassen und einsam im Leben
nur und stille ihr Herzleid tragen,
über das Schicksal nicht murren und klagen.
Traurige trösten und lindern das Leid:
„Goldminen sind sie in eiserner Zeit!“

In Deutschlands Gauen
wachten unzählige fleißige Frauen,
die im Entfagen, im Schaffen und Schenken
nur an die Größe des Vaterlands denken,
die bei der Arbeit am Pflug, in Fabriken
standhaft und erst in die Kriegszeit sich schiden,
freudig zu jeglichem Dienste bereit:
„Goldminen sind sie in eiserner Zeit!“

Emilie Reich.

Lustiges Allerlei.

„Warum hast Du heute in der Schule nachhaken
müssen?“ — „Weil ich nicht gewußt hab, wo die Vornamen
liegen.“ — „Dummer Bub, da paß nächstens besser auf,
wo D' Deine Sachen hinlegt!“
(„Meggendorfer Blätter“.)

„Liebe Jugend! In unserer Schule wird seit Kriegs-
ausbruch in einigen hundert Exemplaren eine Zeitschrift
gelesen, die „Weltkrieg“ betitelt ist. Da sieht man neu-
lich am schwarzen Brett die inhaltsschwere Aufforderung:
„Bitte bis Montag den Weltkrieg bezahlen!“
(„Jugend.“)

„Neue Nacht. Der Abteilungschef des Warenhauses
kommt aus dem Parterre ins Privatkonto geschürzt:
„Herr Kommerzienrat — wir müssen den Kriegsbefehl-
digen, der vom Hauptportal als neuer Pfortner steht,
sofort in die Packerei stecken oder ins Lager...“
„Warum das...?“ — „Er läßt keine ohne Parole
durch!“
(„Jugend.“)

Verhämter Reichtum.

Von Ludwig Bauer (Bösel).

Den verhärmten Armen kannten wir längst, er war
eine rührende und schmerzvolle Gestalt, er fühlte seinen
Stolz darin, der Mißachtung auszuweichen, er fürchtete
am meisten das Mitleid, keine Klage kam über seinen
Mund, er hungerte, aber, um nur den äußeren Schein
der Wohlhabenheit zu bewahren. Aber sein modernes
Gegenspiel, der verhärmte Reiche, ist eine Schöpfung
des Krieges, als solche denn auch begreiflicherweise
weniger sympathisch. Am Anfang und in der Mitte der
bisherigen Kriegsjahre begegneten wir stets den unter-
schämten Reichen, jenen, die ihr rasch erworbenes Geld
herausfordernd zur Schau trugen, uns allen gleichsam
zumuse: „So seht doch uns! Wir sind emporgestiegen,

neue Herren des Genusses, wir wollen schöne Villen kaufen
und touere Gemälde, in eueren vornehmen Hotels die
besten Dinge schmausen, nein, sogar beschließen, es mag
kosten, was es will, wir haben jetzt Konjunktur, der Segen
der Banknoten erdrückt uns fast, her mit allem, was sel-
ten, teuer, kostbar ist, wovon die alten Reichen früherer
Zeit noch zurückzucken, wir können es uns leisten!“
Ihren Gestalten begegnete man in Theaterlogen bei
„großen“ Vorstellungen, bei den sensationellen Ver-
schießerungen, im Schloß und Speisestagen, und fast immer
war um sie etwas Dämonisches; sie sprachen zu laut, sie
waren zu kostbar gekleidet, sie schmauschten zu gierig, sie
drängten sich zu sehr vor, es war stets jenes „zu viel“,
durch das sich echte von unechter Vornehmheit unter-
scheidet. Auch jetzt kann man nicht behaupten, daß sie
verschunden wären; allein es ist doch deutlich zu er-
kennen, daß sehr viele von ihnen sich zurückhalten, ihre
frühere Sicherheit offenbar verloren haben. Früher
waren solche Parvenüs wohl lächerlich; heute, da wir
wissen, daß ihrem Geld Wohlgeruch anhaftet, wirken sie
erbitternd und aufreizend. Daher kommt es, daß man
jetzt von einem verhärmten Reichtum sprechen darf.

Das Wort von den „Gulagschönen“ stammt aus
dem neutralen Dänemark, und die Schwärze hat zwar
nicht das Wort, jedoch die Menschen. Freilich, ihre gute
Zeit ist hier meistens schon vorbei, und fast alle ihre
Reichtümer stammen aus dem ersten Kriegsjahr, da
Italien noch neutral blieb, die Ausfuhrverbote be-
schränkt waren und die gesellschaftlichen Einschränkungen nicht
den Möglichkeiten der verschiedenen Bereicherungen sich
genugfügten. In den Kriegsjahren freilich strömte
und strömte der Millionenreichtum für sie weiter. Nur daß
der Staat, was er mit der einen Hand ihnen gab, mit
der anderen ihnen nahm. Als ihr Vorrecht ge-
boten; man war früher bestrebt, seinen neuen Reichtum
zur Schau zu stellen, heute hingegen suchen dieselben
Menschen, ihn ängstlich zu verbergen, denn er wäre ge-
fährdet durch das Reich der Kriegsgewinn- und Kriegs-
steuern, denen wohl noch eine Vermögenssteuer folgt.
Und jene Äußerer, die sogar eine solche Gefahr nicht
fürchten und sich sagen, daß sie den plumpen Staat schon
irgendwie überhöhlen werden, empfinden die Drohung
in den Blicken der Kriegserheber, wogegen man auch fast
ganz Neutralen in seiner Gefährdung rechnen kann.
Und so ist es eine Art stillschweigender Parole unter
den neuen Reichen geworden, daß sie jetzt ihre Leppigkeit
verstecken. Damit verjüngen sie freilich auf manchen
Genuss, vor allem auf den für sie köstlichsten: bewundert
und beneidet zu werden.

Ein Freund, der vor kurzem in zwei Hauptstädten
der Kriegführenden weilte, erzählte mir wie sehr es ihm
aufgefallen sei, daß in den Logen die prunkenden Toiletten
und Schmucke fast ganz verschwunden wären, die er
1915 und 1916 dort noch in Ueberfülle erblickte. Auch in
den vornehmen Hotelbesitzerinnen sehe man nur noch
selten, daß getafelt und geschminkt wurde. Ist also so
unziemlicher Luxus verschwunden? Mit nichten — aber
er ist vorübergehend geworden, und er zieht sich in ge-
schlossene Räume zurück. Wo treiben sie es so wie früher
im Orient unter hohen Kalken die Reichen: sie verstecken
ihre Schätze, sie wohnen dort hinter hohen Mauern,
alles schien von außen ärmlich und wenig einladend, im
Inneren aber gab es Marmor, Seide, Damast, die schön-
sten Skulpturen, die wohlgerüche traumhaft schöne
Teppiche und rosenrote Perlenkette. Die neuen Reichen
von heute werden weniger Geschmack entwickeln beim
Ausleben ihres Reichtums; aber die Erscheinung bleibt
die gleiche, sie dürfte auch kaum vorübergehend sein, da
Mißtrauen, Verachtung und Gefahr jene Reizstoffe
auch weiterhin begleiten dürften. Ja, vermutlich wird
sich diese interessante Erscheinung noch weiter ver-
schärfen, und der versteckte Reichtum wird eine merkwürdige
Figur der kommenden Gesellschaft sein, ein Carapace
wider Willen, von öffentlicher Meinung und Gesetz dazu
gedrängt, das zu verdecken, was seiner Arbeit Inhalt
war.

Man beachte die fonderbare Umkehrung: Früher zog
man sein schönes Kleid an, wenn man ausging; zu Hause
aber griff man nach den abgetragenen Gewändern. Der
verhärmte Reichtum macht es umgekehrt; für Straße und
Besuch wählt er das Wertloseste aus, und nur zu Hause
oder im engen Kreise der Mitverwandten trägt er, sich
als Millionär zu zeigen. Er darf ja nicht ausfallen, und
der Reichtum sieht so scharf. Schnäpshaus trinkt er davon,
einmal prohen zu dürfen, wenn er im Mai des Kriegs-
gewinnjahres. Aber ist das Haus und die eigene Woh-
nung auch noch sicher genug? Schnäpshaus der zukünftige
Staat nicht heute oder morgen auch dort? Da wird also
Nadob, wenn er durchaus unbekannt bleiben will, auch
auf solche bedenkliche Möglichkeit Rücksicht nehmen
müssen, sein Heim wird einfach geräumt und eingerichtet
sein, nichts daran darf ihn veranlassen. So ähnlich wird
es auch weitergehen, und so wird er am Ende zu einem
modernen Tantalus werden, der in der Leppigkeit
schmachtet muß, und von den Millionen bleibt dann
nichts weiter als irgend ein Schlachtfeld mit zerstreuten
Wertpapieren oder ein Säckchen mit Juwelen. Welch
eine Tragödie! Und doch in sich selbst ein Reichtum,
der zu einer bloßen Tatsache herabsinkt, die kaum noch
andere Folgen für den Besitzer hat, als die Angst vor
Entdeckung und Strafe! Wir haben absichtlich dieses
Zukunftsbild mit vielstimmiger Übertriebenheit
gezeichnet; für unmöglich halten wir jedoch eine
solche Entwicklung keineswegs, und jedenfalls sind wir
bei dem verhärmten Reichtum unserer Tage bereits auf
den besten Wege zu ihr. Heute ist der unziemliche
Luxus freilich noch nicht verschwunden, aber er ist schon
zurückgedrängt, die Straßen und die Öffentlichkeit
werden täglich mehr von ihm befreit. Das er vorhanden
sein muß, das haben wir aus der Unzahl von Kaufhäusern
und Menschen, die ihm fortgesetzt dienen; doch die kost-
baren Stücke aus den Auslagen verschwinden dann ir-
gendwo, wo sie für das Auge des Unbegreiflichen ver-
borgten sind. So gestaltet sich die ernste Kriegszeit doch
den artigen Scherz, daß sie die neuen Reichen zwingt,
dem Beispiel kultivierterer Ecken zu folgen, widerwillig
die Patrier nachzuahmen, darauf zu verzichten, den
Gassern die Augen aufzuwerfen. Die verhärmten Reichen
werden freilich von unverhämter Armut sprechen und
vergessen, aus welchen Grundstücken sie selbst empor-
stiegen, bevor irgend eine Vererbung oder Gründung, ein
glücklich verkaufter oder geschobener Warenrest, eine rasch
gegründete Ausfuhrbewilligung sie auf die höchsten Höhen der
Menschheit trugen. Aber diese Höhen erheben sich aus
einem Blutmeer, und deshalb hören sie so bald auf, sich
zu sein. So nähern wir uns rasch dem Zeitpunkt, wo

auch die verhärmten Reichen mit der übrigen Menschheit
ergänzt werden: Beshalt sind wir denn eigentlich
Millionäre?

Verantwortlich für den Text und Inseratenteil:
Fr. Kuhle, Herford.

VII. Armeeoberkommando. Münster, den 29. Dez. 1917
Abt. Ia R. B. Nr. 36250.

Bekanntmachung.

Betrifft:

Beschleunigte Entladung der Eisenbahnwagen.
Zur Vermeidung von Wagenstillständen im
Betriebe der Eisenbahnen verordne ich auf Grund
des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungs-
zustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem
Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 im Interesse
der öffentlichen Sicherheit was folgt:

§ 1. Den Empfangs- und Abfertigungsbahnhöfen
ist verboten, die ihnen von der Eisenbahn-
verwaltung zugestellten Eisenbahnwagen über die
festgesetzte Ladefrist hinaus stehen zu lassen. Das
Verbot erstreckt sich auch auf die an den Sonntagen
und gesetzlichen Feiertagen zugestellten Eisenbahn-
wagen.

§ 2. Eingekaufte und vorstehende von Han-
delsgesellschaften haben Sorge zu tragen, daß Be-
nachrichtigungen über die Ankunft von Wagen-
ladungen auch an den Sonn- und Feiertagen zu
ihrer Kenntnis gelangen.

§ 3. Bei sämtlichen Empfängern kann auf An-
trag der zuständigen Eisenbahn-Direktion Zwangs-
entladung der rückständigen Wagen auf Kosten der
Empfänger angeordnet werden.

§ 4. Wer den Bestimmungen der §§ 1 und 2
zuwiderhandelt oder zur Uebertretung auffodert
oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu einem
Jahre oder bei Vorliegen mildernder Umstände
mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M.
bestraft.

§ 5. Diese Bekanntmachung tritt mit dem
Tage der Verkündung in Kraft.

Der kommandierende General:
Frh. von Sahl.

Bekanntmachung.

Am
Donnerstag, den 10. Januar 1918
findet der Verkauf von getragener Kleidung wie
folgt statt:

von 3—4 Uhr nachmittags für Personen, deren
Namen mit den Buchstaben C—G beginnen,
von 4—5 Uhr nachmittags für Personen, deren
Namen mit den Buchstaben H—J beginnen,
von 5—6 Uhr nachmittags für Personen, deren
Namen mit den Buchstaben K—N beginnen.
Herford, den 7. Januar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die notwendige Licht- und
Kohlenersparnis wird hiermit angeordnet, daß die
Geschäftsstunden bis auf Weiteres an Wochentagen
nur von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags,
Sonntags bis 7 Uhr abends geöffnet sein dürfen.
Die Lebensmittelhandlungen dürfen auch an den
Wochentagen bis 6 Uhr abends offen gehalten
werden.

Herford, den 5. Januar 1918.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Nach Bezugnahme auf die öffentliche Aufforde-
rung in den Gitterkästen der Gemeinden wird be-
kannt gegeben, daß die Meldungen zwecks Ein-
tragung in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichti-
gen in folgenden Ortsbestimmungen zu erfolgen haben:
am 8. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Saale
des Wirts Wegener, Gohfeld;
am 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Saale
des Wirts Fortkotte, Böhm-Bahnhof;
am 10. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, in der
Schule Böhm-Ert;
am 11. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokale
des Wirts Brinker, Memmighausen;
am 12. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokale
des Wirts Gled, Oberndorf;
am 14. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lo-
cale des Wirts Ritter, Kirchlangern;
am 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, in der
alten Schule Hagedorn;
am 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokale
des Wirts Geuer, Stift-Duerndorf.

Meldepflichtig sind alle männlichen Deutschen,
die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das
17. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht im
Heeresdienst stehen, oder wegen Reklamation vom
Heeresdienst zurückgestellt sind.

Ferner haben sich zu melden alle männlichen
Angehörigen der österreichisch-ungarischen Mo-
narchie, die nach dem 31. März 1858 geboren und
17 Jahre alt sind.

Nicht zu melden brauchen sich diejenigen Hilfs-
dienstpflichtigen, welche sich bereits früher gemeldet
haben und im Besitze des gestempelten Abreißstrei-
fens der Meldefarte sind.

Wer den Abreißstreifen nicht mehr hat, muß
sich nochmals melden.

Wer die Meldungen unterläßt, macht sich straf-
bar, ebenso wer bei der Meldung offensichtlich un-
richtige oder unvollständige Angaben macht.

Böhm, den 4. Januar 1918.

Der Amtmann:
Schrafkamp.

